

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Ausgabe

Nr. 15

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 12. April 1929.

Anzeigenpreis für die vier gesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellenangebote und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Venloerwall 9. Telefonruf West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

30. Jahrg.

Menschenführung Volkserziehung.

Das Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften an der Universität Köln hatte in den Tagen vom 20. bis 28. Februar gemeinsam mit der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung und dem Verband rheinischer Volkshochschulen eine Arbeitswoche unter dem Titel: „Industriepädagogik“ veranstaltet. Öffentliche Vorträge, die die Themen: Sozialwissenschaft und Erwachsenenbildung, Industrie und Volkserziehung, Menschenführung, Industriepädagogik und Volksbildung, Erwachsenenbildung und Menschenführung im Sinne des „Dinta“, Erwachsenenbildung und Betriebspolitik behandelten, wiesen erhebliche Besucherzahlen auf und waren Gradmesser für das vorhandene Interesse.

In Selsenkirchen tagte wenige Tage später der Rath. Akademikerverband, der sich ebenfalls mit industriepädagogischen Problemen beschäftigte, der Lösung aber vornehmlich von weltanschaulicher Plattform aus nahe zu kommen versuchte. Dementsprechend war dort die Wahl der Themas, von welchen nur „Kirche und Industrievolk“ von Joos oder auch „Industrieelbese“ von Pfarrer Jakobs, erwähnt sein sollen.

Die vorhandene und fortschreitende Industrialisierung stellt naturgemäß auch besondere volksbildnerische Aufgaben. Leider wurden diese recht spät von den verantwortlichen Stellen in Staat und Wirtschaft erkannt. Mit dem Problem beschäftigt man sich in diesen Kreisen ernsthafter erst in neuerer Zeit. Das Studium der wirtschaftlichen Funktionen wurde ausgiebig betrieben, den „Menschen im Betrieb“ entdeckte man sehr viel später.

Was ist Sinn und Wesen der Erziehung? Soll die Erziehung religiöse und moralische Ideale und Ideale von sozialem und gemeinschaftsbildenden Wirken zu Triebkräften der kommenden Generationen machen, so fiel unserer Industriegefellschaft eine Erziehungsaufgabe von besonderer Bedeutung zu. Diese Aufgabe muß heute und in nächster Zukunft geleistet werden. Weil wir den Einbau unseres Standes ernstlich wollen, können wir nicht zuwarten, bis eine Neuordnung der Gesellschaft dem arbeitenden Menschen den ihm gebührenden Platz zuweist. Es gilt den heutigen Arbeiter für sein Werktagelben stark und tüchtig zu machen. Unser Bildungsideal ist anders als das heute noch übliche Bildungsziel, besonders unserer höheren Schulen. Nicht der kleine oder große Befähigungsnachweis irgendeiner Schule soll allein entscheidend sein für Beruf oder Berufung. Vollenbung werde der Arbeiterpersönlichkeit im Kreis konkreter Lebens- und Berufsnotwendigkeiten, die die Persönlichkeit durch Lebenserfahrung und Erlebnisform bilden. Wenn sich die Verschulung aller Aufstiegswege auf beiden Tagungen erfrischender Kritik und Ablehnung erfreuten, dann befriedigt uns diese Stellungnahme besonders. Gegen das Berechtigungsweisen, wie es heute gepflegt und gehandhabt wird, wenden wir mit Recht ein, daß es selbst die Würdesten aus Arbeiterkreisen von Amt und Würden ausschließt. Solange nicht der Besuch einer höheren Bildungsanstalt an und für sich schon Ausdruck einer sorglichen Begabtenauslese darstellt, sondern, so wie heute, im Wesentlichen abhängig ist von dem mehr oder weniger großen Geldbeutel der Erziehungsberechtigten, solange können wir uns bei dem Zustand nicht beruhigen. Denn darin liegt eine Mißachtung und Degradierung der körperlich arbeitenden Menschen, die nicht berechtigt, für uns aber unerträglich ist.

„Wir sind auf dem besten Wege, zu verbeamlichen und uns viel zu sehr auf das Zeugnis und zu wenig auf die Lebenserfahrung zu verlassen. Wir haben in keinem anderen Industrielande der Welt eine überwiegende Stellung der unproduktiven, lediglich verwaltenden Schichten gegenüber den produktiven Schichten. Für öffentliche Funktionen kommen die in der Wirtschaft Tätigen angeblich nicht in Frage, weil sie eine „Interessengruppe“ darstellen. Als ob es eine Gruppe im Volke gäbe, die das nicht wäre!“

Dieses Wort eines unserer Führer war auf beiden Tagungen Anlaß ernster Auseinandersetzungen und bleibt hoffentlich Anstoß zu weiterer geistiger Klä-

rung. Erfreulich deutlich drücken die wenigen Sätze den Unwillen weiter Volkskreise darüber aus, daß, wie der Leiter des Arbeitsausschusses für Berufsausbildung an der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung den Tatbestand formulierte: „mit dem Fortfall der Gouvernanten das Aufkommen der Gouverneure Hand in Hand gegangen ist. Mit der Erweiterung der Aufsichtskreise hängt es dann auch zusammen, daß sich diejenigen noch viel zu leicht Vorbeere erobern können, die ohne jedes Risiko die Grundthematika spezieller Wirtschaftspolitik variieren.

Interessenpolitik! Auch hier wollen wir Schürholz zitiieren, der durchaus der Meinung ist, daß eine größere Klarheit über diesen Punkt volksbildnerische Ziele nur fördern könne. Mit sicherem Instinkt, so sagt er, hat (in obigem Zitat) der Gewerkschaftsführer den Unfug angegriffen, der mit dem Worte „Interessenvertreter“ getrieben wird. Dieser Begriff der Interessenpolitik bis hinauf zu dem, den guten alten Patron Staat „aushöhlenden Kampf der Interessenschichten“, stiftet bewußt oder unbewußt die größte Unklarheit in dem öffentlichen Erziehungsprozeß des „Erkenne dich selbst“; „Interesse“ ist ZweckEinstellung und eine Häufung der dieser Einstellung dienenden Vorstellungen. Die so summierten Interessenlagen finden wir als Interessenverbände überall im ganzen Volke: als Produzenten- oder Konsumentenverband, im Schülerausschuß, im Lehrkörper der Hochschule, im Bund der Kinderreichen, in den Jugendbünden und

Wirkungsvolle Abwehr

„gelber“ Unternehmerpläne.

Eine solche Versammlung haben wir in Neusorg selbst in den stürmischen Zeiten der Revolution noch nicht erlebt. Zu dieser Versammlung am 24. März hatte das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften von Ebnath und Umgebung die gesamte Arbeiterschaft des Bezirkes aufgerufen mit dem Thema:

„Der gelbe Verrat“.

Nicht nur die Arbeiter selbst aus den weitentlegten Orten des Bezirkes hatten der Einladung Folge geleistet, sondern auch Kreise des Handwerks und der Kleinbauern waren erschienen, um sich Klarheit über die Verhältnisse der Möbelfabrik und Sägewerke in Neusorg zu verschaffen. Der große Saal war überfüllt, die Masse stand Kopf an Kopf gedrängt und viele mußten wieder umkehren.

Der Geschäftsführer des christlichen Keramarbeiterverbandes, Kollege Winter von Marktredwitz, leitete die Versammlung und Kollege Haag von Nürnberg referierte in fast zweistündigen Ausführungen über die bei der Möbelfabrik und Sägewerke Neusorg herrschenden Zustände und die Rolle des von der Firma gegründeten gelben Werkvereines.

Zunächst gab er einen kurzen Überblick über den Stand der Wirtschaft und die Auseinandersetzungen, die sich ununterbrochen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmerverbänden um die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft und die Bewertung der Arbeitskraft abspielen. Der Schrei der Arbeitgeber nach „Freiheit der Wirtschaft“ sei nichts anderes als eine Phrase. Die Unternehmer wollten frei sein von allen Bindungen, wollten keine Tarifverträge, keine Lohnregelung, keinen Urlaub, keine Regelung der Arbeitszeit usw. Sie wollten keine Bindungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung und Sozialpolitik, während sie neue Bindungen als Truste und Kartelle nicht nur auf sich nehmen, sondern immer weiter ausbauen. Diese Bindungen machen nicht einmal halt vor den nationalen Grenzen. Der deutschen Arbeiterschaft bliebe nichts anderes übrig, als sich als Gegenpole gewerkschaftliche Organisationen zu schaffen und auszubauen, damit den Arbeitern Einfluß und Ertragsanteil der Wirtschaft gesichert werde.

Das Verlangen der Arbeiterschaft nach Mitbestimmung und Mitgestaltung der Wirtschaft fordert Erfüllung, und selbst Kreise außerhalb der Wirtschaft, besonders wissenschaftliche, haben anerkannt, daß die Arbeit der Gewerkschaften in den letzten Jahren nicht umsonst gewesen ist. Unter der Arbeiterschaft selbst aber sind noch Drohnen und Parasiten genug

der Beamtenorganisation, also auch dort, wo materielle und gruppenegoistische Interessen durch Umhüllung mit kulturellen Ideologien um so ergiebiger vertreten werden.

Die Aussprachen die man in Königswinter und in Selsenkirchen begann, dürfen nicht beendet sein. Die Tagungen haben schon einen Zweck erreicht, wenn sie in den Kreisen der Akademiker und Wirtschaftler, Verständnis für die Welt des Arbeiters erweckten. Man unterlasse aber den Versuch, ja noch mehr, man meide den Schein, als solle der Arbeiter erzogen werden zum Verständnis für die Not des akademischen Berufsmenschen. In Selsenkirchen vermied man nicht immer diesen Eindruck. Derselbe mag verursacht und hervorgerufen sein durch die überwiegende Zahl akademisch gebildeter Kreise, während Vollblutgewerkschaftler fast gar nicht, Vertreter der konfessionellen Arbeitervereine auch nur sehr spärlich vertreten waren. Dem Wunsch, den wir irgendwo ausgedrückt fanden, schließen wir uns an: Will man einen lebendigen Austausch zwischen Arbeitern und Akademikern, dann treffe man einschlägige Veranstaltungen gemeinsam mit den Organisationen der Arbeiterschaft. Es geht nicht um einen Wust neuer Begriffe, nicht um neue Zweige für die Wissenschaft, es geht ums praktische Leben. Einfacher und ehrlicher soll es werden, darum keine gepflegte Unklarheiten, mehr kurze Sachlichkeit. Das erhöht den Wert aller Volksbildungsarbeit.

vorhanden, die ohne zu säen, teilnehmen an den Erfolgen und ernten wollen.

Eingehend wurde dann geschildert, wie die Arbeiterschaft der Möbelfabrik und Sägewerke Neusorg sich frühzeitig dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter anschloß und sich im Verbandsverband eine Interessenvertretung geschaffen hat, die mustergültiger nicht sein könnte. Der Verband hat gerade in Neusorg ununterbrochen harte Kämpfe mit den jeweiligen Direktoren der Möbelfabrik durchgeführt. Im Laufe des letzten Herbstes habe die Firma erneut den Versuch gemacht, die tariflichen Löhne um 10 Proz. zu kürzen und bei diesem Kampfe wäre dem Verbandsverband der sogenannte „Süddeutsche Arbeiter- und Werkverein“ in den Rücken gefallen. Für die Arbeiterschaft wäre es Zeit, sich mit dieser gelben Gefahr zu beschäftigen, damit die Gelbsucht aus unserem Vaterlande im allgemeinen und in Neusorg im besonderen baldmöglichst wieder verschwinde. Es wurden dann Bilder aus der Vergangenheit der „gelben Werkvereine“ aus dem „gelben Sumpf“, wie der Redner sagte, aufgezeigt, so daß sich jeder Versammlungsteilnehmer vollständig klar war, mit welcher Sorte von Menschen wir es hier zu tun haben und zog dann die Schlussfolgerung, daß es sich um eine Schutztruppe handelt, die sich die Arbeitgeber unter großen Mühen und Kosten aufgezoogen haben, die bestimmt ist, der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft bei jeder Gelegenheit in den Rücken zu fallen.

Spannend wurden die Ausführungen, als die Entwicklung der Verhältnisse bei der Möbelfabrik besprochen wurden. In den wiederholten Stilllegungsandrohungen lag System, um die Arbeiterschaft ständig unter Druck zu setzen. Genau wie im Herbst 1928 ist es auch im Frühjahr 1928 und im April 1926 gemacht worden. Im April 1926 hatte die Arbeiterschaft die Stilllegung erst genommen und sich mit einem Abbau der tariflichen Löhne um 15 Proz. einverstanden erklärt, um die Stilllegung zu verhindern. Im Frühjahr 1928 wiederum daselbe. Um eine Stilllegung zu verhindern hatte sich die Arbeiterschaft damit abgefunden, daß die Firma statt nach der 4. Ortsklasse, in die Neusorg eingereiht ist, nach der 5. Ortsklasse entlohnte, trotzdem die Firma seinerzeit versicherte, daß dann der Betrieb weitergeführt werden könnte, verlangte die Firma nach einigen Monaten die Einreihung des Betriebes in die sogenannten „Abstrichbetriebe“. Als „Abstrichbetriebe“ gelten aber nach dem

Ländesvertrag für das Holzgewerbe lediglich die Holzwarenfabriken, unter gar keinen Umständen aber die Möbelfabriken. Die Firma wollte aber unter die Abstrichbetriebe eingereiht werden, weil sie dann berechtigt ist, die Löhne um 10 Proz. zu kürzen. Als die Arbeiterschaft sich weigerte, wurde der Betrieb Anfang Dezember geschlossen und die gesamte Arbeiterschaft, teilweise mit 20-, 25- und 30-jähriger Dienstzeit aufs Pflaster geworfen.

Wie nun die Vorgänge bei der Stilllegung zeigten, handelte es sich aber um eine Scheinstillegung, zu dem Zweck, die Arbeiterschaft einzuschüchtern, damit sie sich mit einer untertariflichen Entlohnung einverstanden erklären sollte, und darum, den Betriebsrat, die Vorstände und Vertrauensleute des christlichen Holzarbeiterverbandes sowie eine Reihe älterer Arbeiter aus dem Betrieb herauszu bringen. Am 28. Januar wurde der Betrieb wieder eröffnet. Bereits am 23. Januar wurde mit dem Verband der Süddeutschen Arbeiter- und Werkvereine, der seinerzeit im Betrieb noch gar nicht vorhanden war, weil der Betrieb geschlossen gewesen ist, eine Vereinbarung getroffen, dessen Auswirkung die Arbeiter, die in den letzten Wochen wieder eingestellt worden sind, in der Lohnhöhe ganz merklich zu fühlen haben. Durch Anschlag am Betrieb wurde die Arbeiterschaft aufgefordert, sich zur Arbeitsaufnahme zu melden. Hier wurden den Bewerbern 2 Listen vorgelegt. Die eine Liste mit der Frage, ob sie bereit wären zu den Bedingungen des Werkvereins zu arbeiten und die andere Liste, ob sie bei der Einstellung Anspruch auf die Löhne, die der christliche Holzarbeiterverband vereinbart hatte, erheben wollten. Die Arbeiter, die sich auf der letzten Liste eingetragen hatten wurden selbstverständlich nicht eingestellt. Direkt bei der Einstellung mußten dann die Arbeiter eine von der Firma neu herausgegebene Arbeitsordnung und auch zugleich die Beitrittserklärung zum Werkverein unterschreiben. Arbeiter, die sich weigerten wurden nicht eingestellt.

Auf die Arbeiterschaft, die eingestellt war, wurde ein ununterbrochener Druck und Terror ausgeübt, damit sie auch dem Werkverein treu blieben. Trotzdem hat sich der größte Teil der Arbeiterschaft nicht einschüchtern lassen und ist nach wie vor Mitglied des christlichen Holzarbeiterverbandes.

Kollege Haag schilderte dann eingehend die vielen Verhandlungen am Arbeitsgericht in Remnath. Bei der Stilllegung waren auch die im Betrieb beschäftigt gewesen Lehrlinge entlassen worden. Der Verband klagte sofort auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses mit dem Erfolg, daß die Firma sich bequemen mußte, die Lehrlinge wieder einzustellen. Als diese Frage erledigt war, mußte auf die in den Lehrverträgen festgesetzte Kostgeldentschädigung geklagt werden, für die Zeit, in welcher die Lehrlinge arbeitslos waren. Auch in dieser Frage mußte die Firma nachgeben. Es kam eine Vereinbarung zustande, in der die Firma sich verpflichtete, den Lehrlingen die entgangene Kostgeldentschädigung nachzahlen.

Gegen die Bedrohung der Koalitionsfreiheit wehrten wir uns, indem eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht Remnath erwirkt wurde. Der Firma und dem Werkmeister Püdde wurde unter Androhung einer Geldstrafe von 100 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, die Arbeiterschaft zu veranlassen, aus dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter auszutreten und dem Werkverein beizutreten. Die Firma und der Werkmeister erhoben gegen die einstweilige Verfügung Widerspruch, doch wurde die einstweilige Verfügung bestätigt.

Besonders wurde das eigenartige Verhalten des Werkmeisters Püdde, der selbst Mitglied des sozialdemokratischen Werkmeisterverbandes ist, bei diesen Verhandlungen gewürdigt.

Weiter wurden Klagen beim Arbeitsgericht auf die Weiterbeschäftigung des entlassenen Betriebsrates und auf die Lohnschädigung für die arbeitslose Zeit geklagt. Durch Urteil des Arbeitsgerichtes Remnath vom 27. Febr. wurde festgestellt, daß das Arbeitsverhältnis der Betriebsräte nicht erloschen und die Firma verpflichtet ist, den Betriebsrat weiterzubeschäftigen und die ausfallenden Löhne zu bezahlen. Trotz dieses Urteils verweigerte die Firma dem Betriebsrat den Zutritt zum Betrieb. In nächster Zeit wird sich das Gericht noch mit folgenden Klagen beschäftigen bzw. feststellen müssen:

1. Daß die Firma verpflichtet ist, dem Betriebsrat Zutritt zum Betrieb zu gewähren, damit er seine Aufgaben nach dem W.B. erfüllen kann.
2. Daß die von der Firma den Arbeitern zur Unterschrift vorgelegte Arbeitsordnung ungültig ist und die frühere Arbeitsordnung bis auf weiteres in Kraft bleibt.
3. Entschädigung derjenigen Kollegen, die sich weigerten, dem Werkverein beizutreten und aus diesem Grunde nicht wieder eingestellt wurden.
4. Auf die Rückerstattung der Arbeitslosenzustützung,

die der Verband diesen Kollegen während ihrer Arbeitslosigkeit ausgezahlt hat.

5. Daß die Firma verpflichtet ist, die Arbeiterschaft des Betriebs nach den allgemein verbindlich erklärten Verträgen für das Holz- und Sägewerbe zu entlohnen und nicht nach den Abmachungen, die sie mit dem Werkverein getroffen hat. (Die letzte Frage wurde inzwischen vom Arbeitsgericht zugunsten der Arbeiterschaft entschieden. D. B.)

6. Eine große Anzahl von Klagen von solchen Kollegen, die nicht wieder eingestellt worden sind, auf Grund des § 823 Abs. 2 des BGB., weil die Firma die entlassene Arbeiterschaft durch die Scheinstillegung verhindert hat, Einspruch nach § 84 des Betriebsrätegesetzes zu erheben.

Eingehend ging Kollege Haag dann auf die Bedeutung des Kampfes für die Neusorger Arbeiterschaft im allgemeinen und für die Arbeiterschaft im Bezirk im besonderen, ein. Es wurden bereits in den letzten Wochen eine ganze Reihe von Fällen aus der näheren Umgebung gemeldet, wo Arbeitgeber sich das Vorgehen der Möbelfabrik zum Muster genommen hatten. Aus diesen Gründen wäre die Arbeiterschaft verpflichtet, den Vorgängen ein wachsam Auge zu schenken und den christlichen Holzarbeiterverband in dem Kampfe zu unterstützen. Er schloß mit dem Rufe:

„Wir kämpfen für Gleichheit und Freiheit, für die Sicherung der Existenz der Arbeiterschaft, gegen Willkür und Ausbeutung, gegen Geldsucht und Schmarotzer. Für einen freien deutschen Arbeiterstand, im neuen sozialen Deutschland, damit jeder Deutsche seine Heimat lieben kann, und den letzten Tropfen für die Scholle opfert, auf der er geboren ist.“

Pauolos hatte die Versammlung den Ausführungen des Kollegen Haag gelauscht. Nur spontane Zustimmungser-

klärungen während seiner Rede zeigten, daß die Arbeiterschaft mit den Ausführungen einverstanden war. Als er geendet hatte, zeigte der nicht endenwollende Beifallssturm, daß die Versammlung, einerlei, ob Arbeiter, Handwerker oder Bauer den Sinn des Kampfes erfasst und bereit ist, die Arbeiterschaft in ihrem Ringen um ihre Existenz zu unterstützen.

Als die Diskussion eröffnet wurde, war jeder neugierig, ob die Führer der Selben auch den Mut besitzen würden, ihr Verhalten zu verteidigen. Sie zogen es jedoch vor, den für sie zweifellos besseren Teil zu wählen und — schwiegen — schwiegen — schwiegen — lediglich vor dem Versammlungslokal hatten sie versucht, einige Flugblätter zu verteilen, die aber derartig geistesarm waren, daß sich ein Eingehen darauf nicht verlohnte.

In der Diskussion meldete sich nur Pfarrer Schweiger, Bezirkspräsident der katholischen Arbeitervereine des Tichtelganges, der sich aber mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden erklärte, und die Arbeiterschaft aufmunterte, durchzuhalten.

In seinem Schlußwort setzte sich Kollege Haag nochmals mit der Einstellung der Arbeitgeber auseinander, die die Arbeitskraft lediglich als Unkostenfaktor betrachten, daß die Arbeiter nach christlicher Anschauung genau so ein Recht hätten zum Leben und Streben wie jeder andere Stand. Vor allen Dingen wurden die Unterschiede zwischen der christlichen Welt- und Wirtschaftsanschauung gegenüber der kapitalistischen und sozialistischen Weltanschauung herausgearbeitet. Auch diese Ausführungen fanden den vollen Beifall der Versammlung.

Mit einem kurzen Schlußwort des Versammlungsleiters Kollegen Winter, wurde die gewaltige Kundgebung mit brausem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

Betriebsvermögen und Entpersönlichung in der deutschen Industrie.

Immer mehr wird die unpersönliche Betriebsform zur Unternehmungsform. Die A. G. und die G. m. b. H. treten gegenüber früheren Zuständen stärker in die Erscheinung.

Die Bank für deutsche Industrieobligationen, welche die Verwaltung der auf Grund des Dawesplanes ausgegebenen Industrieobligationen übertragen erhalten hat, gibt in ihrem Geschäftsbericht folgenden Überblick über die Größenordnung der deutschen Industrieunternehmen:

Betriebsvermögensgröße in RM	Stichtag 1. 1. 25		Stichtag 1. 1. 27	
	Anzahl	Gesamtbetriebsvermögen in Hunderttaus. M.	Anzahl	Gesamtbetriebsvermögen in Hunderttaus. M.
1. über 20 000— 50 000	105 564	3 249	105 390	3 235
2. über 50 000— 100 000	36 690	2 588	36 432	2 569
3. 100 000— 200 000	20 613	2 890	20 038	2 813
4. 200 000— 300 000	7 521	1 842	7 279	1 786
5. 300 000— 400 000	4 048	1 402	3 937	1 362
6. 400 000— 500 000	2 506	1 120	2 514	1 117
7. 500 000— 1 000 000	5 316	3 712	5 175	3 624
8. 1 000 000— 5 000 000	4 378	8 751	4 318	8 711
9. 5 000 000— 10 000 000	502	3 449	496	3 403
10. 10 000 000— 20 000 000	232	3 186	229	3 120
11. 20 000 000— 50 000 000	116	3 630	123	3 751
12. 50 000 000— 100 000 000	30	2 086	35	2 307
13. 100 000 000	17	3 683	20	4 528
	187 533	41 597	185 986	42 349

Im allgemeinen zeigt der Vergleich zwischen 1925 und 1927 keine großen Unterschiede. Beachtlich ist der Unterschied allein in den beiden höchsten Gruppen.

Vom Wert der Arbeit.

Von Franz Anton Bachtold, Volkswirt RW.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

(Fortf. u. Schlus.)

Wer sagt: Das kann jeder, verkennt die Vielseitigkeit der Anforderungen an die verschiedenen Arbeiten. Es soll einmal ein sehr geschulter Kopf und fähiger Geistesarbeiter schwere Transportarbeit leisten oder Briefe, Pakete oder Geld austragen; wahrscheinlich kann er das eine nicht und das andere macht er schlecht. Allerdings, den starken und handfesten Transportarbeiter wird es nicht nach Rechenarbeit gelüsten oder nach Geisteserzeugnissen, und den Briefträger nicht nach der technischen Leitung einer Fabrik. Jeder wird nach der Auswirkung der in ihm vorhandenen Einsichten, Kräfte und Fähigkeiten suchen. Und so soll es auch sein. Nur ist es falsch, von außen her, ohne nähere Kenntnis der Arbeits- oder Berufserfordernisse zu sagen: Das kann jeder! Es kann eben wirklich nicht jeder jedes. Deshalb sollte man auch keine Arbeit gegen die andere auspielen, herabsetzen oder in ihrem Wert unterschätzen. Ein gewisser Anreiz, arbeitsfähiger oder leistungsfähiger zu werden, muß sein, und ebenso auch, sich die Mühe zu geben, sich geistig zu bilden, um entsprechende Ar-

beit leisten zu können. Führung und Leitung erfordern eben besondere Schulung (neben der entsprechenden Veranlagung), und es wäre das Verkehrteste, was man nur machen könnte, die Löhne oder Gehälter dieser erfindenden, entdeckenden, neuschaffenden, anordnenden und überwachenden Arbeit zu ebnet oder herunterzudrücken. Von solchen Wünschen hört man zwar manchmal. Hier soll und kann nicht entschieden werden, ob der oder jener, die oder jene Gruppe zuviel bekommt, aber es muß betont werden, daß es volkswirtschaftlich höchst widersinnig wäre, zu ebnet, dem einen zu nehmen und dies dem andern zu geben. Man muß bedenken, was jemand im Betrieb leistet an Führer- und Werkarbeit: ob der oder jener das Ganze mithält und mitbebt. Es soll ja vorkommen, daß mancher mehr erhält, als ihm nach seiner Leistung zukäme. Aber sehen wir einmal von solchen Fällen ab. Im großen ganzen sollte gelten: Wer für den einzelnen Betrieb mehr leistet, soll auch mehr erhalten (dabei soll man gar nicht knickigerig sein). Dieses Mehr an Lohn oder Gehalt muß sich aber günstig auf die andern im Werk oder Betrieb auswirken. Sie müssen dadurch gehoben werden. So lassen sich über den Durchschnitt hinausgehende Löhne oder Gehälter wohl rechtfertigen und begründen. Das ist, kurz gesagt: Nicht die einen herunterziehen, sondern die unteren zu den oberen hinauziehen. Nicht gleichmachen, einebnen, sondern vermehren, vervielfältigen im ganzen. Prak-

Trotzdem die Zahl der Betriebe dort nur ein geringes Ansteigen zeigt, so ist diese geringe Zahl doch gerade in den kapitalgewaltigsten Betrieben zu melden. Es zeigt sich, daß in den zwei Jahren 1925 bis 1927 die Konzentration in den Riesenbetrieben erhebliche Fortschritte gemacht hat. Die Hauptmasse der Unternehmen entfällt noch auf die Gruppe mit 1—5 Millionen Reichsmark Betriebsvermögen.

Die Gesamtzahl aller Betriebe verteilt sich auf die einzelnen Rechtsformen wie folgt:

Rechtsform	Aufbringung 1926 (Stichtag 1. 1. 25)		Aufbringung 1928 (Stichtag 1. 1. 27)	
	Anzahl	Gesamtbetriebsvermögen in Hunderttaus. M.	Anzahl	Gesamtbetriebsvermögen in Hunderttaus. M.
Akt.-Ges. und Kom.-Ges. auf Aktien	9 384	18 077 524	8 720	19 323 105
Ges. m. b. H.	15 738	4 473 526	15 831	4 486 199
Offene Handelsges.	30 406	5 691 105	29 603	5 517 618
Ko.-Gesellschaften	2 734	1 095 441	2 722	1 070 045
Alleinunternehmer	120 329	6 901 078	119 612	8 517 038
Sonstige	3 659	1 082 723	4 099	947 532
Kommunal-, Länd.- und Reichsbetr.	5 223	2 275 845	5 378	2 478 876
	187 533	41 597 242	185 986	42 349 413

Am stärksten zugenommen haben die Aktiengesellschaften auf Aktien. Die offenen Handelsgesellschaften, vor allem die Alleinunternehmer weisen einen Rückgang auf. Es zeigt sich hier wiederum der Zug von persönlicher Unternehmen zum unpersönlichen Besitz.

tisch genommen: der Habenicht hat doch nichts davon, wenn sein Nachbar auch nichts hat. Es ist klüger, der Nachbar hat mehr und ich komme durch ihn und mit ihm aus dem Dalles heraus. Zerfallen lassen kann jeder, aber werktätig denken, führen, leiten, ausführen, neue Werte schaffen will doch gelernt und geschafft sein. Dabei soll jeder tun, was er kann. Jeder soll an den Platz, auf den seine Anlagen, Fähigkeiten, seine Schulung hinweisen, und niemand soll zu Tätigkeiten streben, zu denen ihm die Erfordernisse wirklich fehlen.

Mehr und mehr erkennt man den Wert der Eignung für einen Beruf, aber man weiß auch, daß die früheren Eignungsuntersuchungen oft sehr einseitig waren. Das ist zu verstehen; keine Neuerung ist gleich von Anfang an vollkommen. Man erdenkt sich etwas Besseres, wendet es an, sieht Vor- und Nachteile, Mängel und Irrtümer. Heute erkennt man schon die Mängel gewisser Personen und gewisser Arten in der Eignungsuntersuchung. Für die Eignung sollten nur Personen untersucht, die wirklich alles, was dazu gehört, von Grund auf und durch und durch verstehen (manche haben das bisher zu leicht genommen oder zu wenig davon verstanden). Die Mißerfolge der Psychotechnik (ich verdeutsche dieses Wort mit: Eignungsuntersuchung) sind zum großen Teil auf die fehlenden Kenntnisse und Fertigkeiten der untersuchenden Personen zurückzuführen. Zum Teil sind sie darauf zurückzuführen, daß sich die untersuchten Personen im Laufe der Zeit wandelten (das muß immer bedacht werden). Ein Mangel im allgemeinen war, daß man Spezial- — anstatt Totaluntersuchungen (= Teil- — anstatt Gesamtuntersuchungen) vornahm. Es scheint sich aber jetzt ein Umschlag zugunsten der Gesamtuntersuchungen zu vollziehen und daneben: ein Übergang der Untersuchungen einzelner Betriebe an die Arbeits- und Berufsämter, die mit sehr sachkundigen und geübten Untersuchenden besetzt und mit den heute durchgebildetsten Einrichtungen versehen sind.

Teiluntersuchungen sind: Feststellungen, ob sich jemand für eine bestimmte Arbeit oder einen bestimmten Beruf eignet. Ganz- oder Gesamtuntersuchungen sind Erforschungen und Feststellungen sämtlicher in einem Menschen vorhandenen Fähigkeiten und Eigenschaften (soweit sie eben zu erkennen sind). Im ersten Fall heißt es: der und der eignet sich dafür, der und der wahr-scheinlich, der und der überhaupt nicht. Es wird gewählt, gesondert und ausgeschieden. Im zweiten heißt es: diese Fähigkeiten und Eigenschaften sind vorhanden: der untersuchte eignet sich dafür! Es wird also hier nicht auf eine bestimmte Fähigkeit hin untersucht, sondern ganz allgemein festgestellt, wofür sich jemand eignet. Hier wird also niemand abgelehnt. Bei dieser Art werden die Menschen nicht entmutigt, sondern ermutigt, das ist sehr wichtig. Denn wenn jemand mehrmals als ungeeignet bezeichnet wird, verliert er leicht den Mut zur neuen Eignungsuntersuchung. Es wird also bei der Gesamtuntersuchung festgestellt: wofür sich jemand eignet und nicht eignet. Bei der Einzeluntersuchung wird der Untersuchte für befähigt oder unbefähigt erklärt, bei der Gesamtuntersuchung wird ihm seine Eignung aufgezeigt. So wurde z. B. beobachtet, daß ein Textilarbeiter beträchtlich unter der Durchschnittsleistung blieb. Man untersuchte ihn auf seine etwaigen Fähigkeiten (also ganz, nicht auf eine Teilbegabung oder Teilfähigkeit) hin und da erkannte man, daß er besonders rechnerisch begabt war. Darauf kam er ins Lohnbüro und hier stand er seinen Mann.

Nur die Gesamtuntersuchung brachte diesen Arbeiter aus seiner unterdurchschnittlichen Leistung heraus. Es empfiehlt sich nach alledem, die Arbeits- und Berufsämter aufs beste für die Gesamtuntersuchungen auszustatten und durchzubilden. Der einzelne Betrieb denkt an seine Erfordernisse, die Arbeits- und Berufsämter müssen ihr Augenmerk auf das Wohl aller richten. Vor allem haben sie zu ermitteln, was jemand weiß und könnte. Auf diese Art können die Betriebe Auskunft erhalten, wo und wieviel Menschen für ihre Bedürfnisse vorhanden sind. So kann den Betrieben und den Angestellten und Arbeitern am besten gedient werden. Auf diese Art kann aber auch den Gemeinden, dem Staat besser gedient werden, und den Beamten, die ihre Dienste nur widerwillig verrichten oder die nicht recht vorwärtskommen. Die Lösung ist daher: Mit aller Einsicht und allen Mitteln den rechten Mann an den rechten Platz.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 7. bis 13. April 1929 der 15. Wochenbeitrag im Jahre 1929 fällig ist.

Die Zahlstelle Dortmund bittet um Angabe der Adresse der beiden Mitglieder: **Eiborius Thöne**, Buchnummer 293 275 und **Anton Vollmann**, Buchnummer 255 212. Kollegen, die Auskunft geben können, werden um Mitteilung gebeten.

Verlorene Bücher.

Nr. 294 979, Heinrich Beckmann; Nr. 127 653, Heinrich Engelhardt; Nr. 280 720, Reinhold Rittner; Nr. 211 196, Rosa Karle; Nr. 27 514, Anton Richter; Nr. 102 797, Andreas Gold; Nr. 110 722, Thomas Reubaer; Nr. 265 440, Mathias Weg.

Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Danzig. Im Laufe des Februar fanden in Danzig, Zoppot und Oliva die Generalversammlungen unserer Ortsgruppen statt. Die Versammlungen waren gut besucht. Die Zahlstelle Danzig hatte einen Rekordbesuch aufzuweisen, aber auch in den beiden andern Orten war der Besuch zufriedenstellend. Die gleichlautende Tagesordnung war außer Geschäftlichem die Jahresberichte des Vorsitzenden, des Kassierers, Schriftführers und Jugendleiters. Nach eingehender Tätigkeit Aussprache fand die Neuwahl des Vorstandes stand, welcher sich wie im vergangenen Jahre, mit wenig Änderungen, zusammensetzte.

Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß sich die Arbeitsmöglichkeiten in Danzig im Jahre 1928 im Holzgewerbe einigermaßen gut angehalten haben. Für die Privattischler konnte der Lohn um 6 Pfg. gesteigert werden, ebenso auch für die Glaserkollegen. Ein sehr scharfer Kampf wurde gegen die in Danzig immer mehr aufkommenden Möbelhandlungen mit ihren polnischen Einfuhrwaren geführt. Dadurch, daß diese Kollegen den Weg zur Organisation fanden, war es möglich, die Überstunden-schinderei etwas abzumildern und eine Angleichung an die Tariflöhne herbeizuführen. Größere Summen mußten an einzelne Kollegen von den verschiedenen Firmen nachgezahlt werden. Trotzdem wird hier infolge der Pauze der Kollegen noch vieles zu tun übrig bleiben. Infolge der polnischen Konkurrenz und der gegenseitigen Unterbietung der Firmen gegeneinander sind leider eine Anzahl Firmen zahlungsunfähig geworden und mußten ihre Pforten schließen. Das ist im Interesse der Kollegen sehr zu bedauern. Der von uns schon vor 2 Jahren angeregte Akkordlohn harret immer noch des Abschlusses.

In den Großbetrieben, Werften und der Waggonfabrik konnte leider ein materieller Erfolg nicht erzielt werden. Durch das Dazwischentreten unseres Verbandes wurde die beabsichtigte Überführung der Waggonfabrik in polnische Hände hintertrieben. Es fand eine sehr starke Inanspruchnahme der Danziger Zeitungen statt und wurde dadurch vor allem das Interesse der Regierung auf diesen Betrieb gelenkt.

In der Celluloidwaren-Fabrik Oliva ist trotz der schlechten Organisationsverhältnisse, wenn auch nicht ein direkt sichtbarer materieller Erfolg, so doch durch eine rege Überwachung eine Verbesserung der Betriebsverhältnisse in gesundheitlicher Beziehung für die Arbeiterinnen und Arbeiter erzielt worden.

Im Sommer fand in Danzig die Konferenz für den Gau Danzig/Ostpreußen statt, welche wesentlich zum weiteren Aufstieg unserer Verwaltungsstelle, wie des ganzen Gaus beigetragen hat. Die Gaukonferenz war mit einem Sommerfest in Oliva verbunden, welches einen sehr schönen Verlauf nahm. Im Verbandstag der Bauarbeiter im August 1928 waren die Holzarbeiterkollegen sehr stark vertreten. Der Vorsitzende, Kollege Erb, nahm auch als Delegierter Ende August am Verbandstag in Nürnberg teil.

Die Mitgliederzahl konnte um rund 40 Proz. auf über 400 Mitglieder gesteigert werden. Die goldene Werbenadel für 10 und mehr Mitgliedererwerbungen erhielten die Kollegen: Joseph Grochocki, August Ustorbowski. Die silberne Nadel für fünf und mehr Mitglieder erhielten die Kollegen: Bruno Erb, Otto Wegner, Friedrich Klatt, Joseph Grochocki, Leo Steffanowski, Konrad Pichowski, Leo Panzer, Rudolf Nekowski, Karl Neumann und Robert Wittfock.

Die ursprünglich auf Betreiben des Freien Holzarbeiterverbandes beabsichtigte, von aus freien Gewerkschaftskreisen stammenden Regierungsmitgliedern versuchte Vorenthaltung des in Danzig neu eingeführten Arbeitnehmerauschutzgesetzes konnte durch das energische Dazwischentreten unseres Verbandes verhindert werden. Wir erhielten dadurch in Betrieben, in welchen wir bis jetzt durch Arbeitervertreter nicht vertreten waren, Sitz und Stimme im Arbeitnehmer-ausschutz. In sehr vielen Fällen mußte auch das Gewerbegericht, da ja in Danzig ein Arbeitsgericht noch nicht besteht, in Anspruch genommen werden. Leider in sehr wenigen Fällen, daß das Urteil zugunsten der Kollegen ausfiel, aber da bei den Betriebsinhabern



Ende 1928 waren in Deutschland rund 6,9 Milliarden RM. Sparguthaben vorhanden — eine Leistung, die dem Fleiße und der Sparsamkeit des deutschen Volkes gewiß alle Ehre macht. Damit ist aber noch nicht ein Viertel der Summe erreicht, die vor dem Krieg auf den deutschen Sparplätzen als Sparguthaben vorhanden war, wenn man berücksichtigt, daß der Wert des Geldes in der ganzen Welt um etwa 50 Proz. gesunken ist.

die Pfändung fruchtlos war, gingen die Kollegen trotzdem leer aus.

Der Kollege Erb faßte seinen wirklich erstklassigen Bericht dahingehend zusammen, daß die geleistete Arbeit nur wenig von dem darstellt, was heute getan werden müsse. Es wird Aufgabe sein, im neuen Jahr mit noch mehr Energie und größerer Kraftentfaltung am weiteren inneren und äußeren Erstarcken des Verbandes mitzuarbeiten.

Anschließend daran gab Kollege Uhl den Rassenbericht, welcher den deutlichsten Beweis dafür erbrachte, daß die Verwaltungsstelle auf Grund der Beiträge auch wirklich den im Jahresbericht angegebenen Zahlen entspricht.

An Einnahmen wurde für die Hauptkasse der Betrag von annähernd 16 000 Gld. und für die Ortskasse der Betrag von 4000 Gld. erzielt. Diefen stehen wieder Ausgaben gegenüber für die Hauptkasse von 4000 Gld. und für die Ortskasse von über 3000 Gld. Das Vermögen der Ortskasse beträgt 1.86 Gld. Auch das Vermögen der Ortskasse beträgt zurzeit 2000 Gld. Der Durchschnittsbeitrag beträgt 1.86 Gld. Auch der Jugendleiter, Kollege Benedict, konnte von den Jugendgruppen Günstiges berichten. U. a. wurden 14 Lehrlinge dem Verbandsverbande als Vollmitglieder durch die Jugendgruppe zugeführt. Zusammenfassend muß gesagt werden, daß das Jahr 1928 für die Verwaltungsstelle unseres christlichen Holzarbeiterverbandes unter Leitung des tatkräftigen Vorsitzenden äußerst ersprießlich war. Gauleiter Kollege Uhl sprach als Gauleiter und für den Zentralvorstand den Dank für die geleistete Arbeit in anerkennenden Worten aus. Er forderte auf, mit gleicher Energie auch im neuen Jahr an die Arbeit zu gehen, um den Verband im Interesse der Kollegenschaft zu weiteren Erfolgen zu führen. Ein besonders die Gemüter der Versammlungsteilnehmer bewegender Abschluß der Generalversammlung war die Übergabe der silbernen Verbandsnadel nebst Diplom für 25jährige Verbandszugehörigkeit an Kollegen Jarius. Die dem Kollegen Jarius gewidmeten anerkennenden Worte wurden von demselben mit Dank quittiert und besonders die jungen Mitglieder aufgefordert, mit gleicher Energie und Ausdauer dem Verbandsverbande die Treue zu halten.

Die überall einen guten Verlauf aufweisenden Versammlungen wurden jeweils mit einem „Hoch“ auf den Verband geschlossen.

Sterbetafel.

Wilhelm Leuzen, Schreiner, 38 Jahre, Duisburg, Wilhelm Classen, Schreiner, 38 Jahre, Duisburg, Johann Rißmann, Weizer, 23 Jahre, Bonn, Bernhard Eimmerhendriks, Schreiner, 50 Jahre, Mainz, Josef Haderer, Holzarbeiter, 47 Jahre, Nürnberg, Anton Brunnenkauf, Holzarbeiter, 61 Jahre, Schramberg, Alois Dewinger, Holzarbeiter, 53 Jahre, Wolfegg, W.R. Bong, Schreiner, 42 Jahre, Köln. Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Die Frühjahrsausstellung des Gesamtverbandes.

In den Tagen vom 26. bis 27. März tagte in Königs-winter in „Unser Haus“ unter dem Vorsitz von Stegerwald der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Den Jahresbericht für 1928 erstattete Kollege Otto-Berlin, in welchem auf die besonderen gewerkschaftlichen Ereignisse des vergangenen Jahres hingewiesen und die bestehende Situation unter Berücksichtigung der innen- und außenpolitischen Lage gekennzeichnet wurde.

Koll. Schmitz-Duisburg referierte über „Die zukünftige Gestaltung des Schlichtungswesens“ und formulierte darauf abzielende Forderungen, die die Zustimmung der Tagung fanden.

Koll. Adolph-Berlin behandelte die sozialpolitische

Lage und das Arbeitsrecht. Eine ausgiebige und oft temperamentvolle Aussprache, die sich gegen die unerträgliche und sehr oft demagogische Art der Bekämpfung sozialpolitischer Einrichtungen durch Wirtschaftskreise wandte, schloß sich den Vorträgen an. Ihren Niederschlag fanden Vorträge und Aussprache in zwei Entschliessungen, die im Wortlaut folgen.

Gegen Bekämpfung und Herabwürdigung der Sozialpolitik und Sozialversicherung.

Die deutsche Sozialgesetzgebung ist den anderen Industrieländern stets Vorbild bei der Schaffung ähnlicher Einrichtungen gewesen. Ihre Bekämpfung durch

reaktionär eingestellte Interessengruppen aber hemmt die zu erstrebende Einführung und den weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung in den Ländern mit denen Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrieren muß. Durch die Herabwürdigung und Bekämpfung der Sozialgesetzgebung wird deshalb die deutsche Wirtschaft geschädigt. Die Beiträge zur Sozialversicherung sind vorenthaltene Lohnteile. Sie sind keine „soziale Last“, sondern dienen der Erhaltung und Stärkung der Arbeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterschaft und damit unserer Wirtschaft. Angesichts der fortschreitenden Zusammenballung der wirtschaftlichen Macht in Kartellen, Syndikaten und Trusts und des Strebens nach lückenlosem Zollschutz ist es widersinnig und unverantwortlich, die Arbeiter mit ihren Familien dem freien Spiel der Kräfte und allen Fährnissen des Lebens bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und dem Alter überantworten zu wollen. Da über 70 v. H. aller Arbeiter den ganz unzureichenden Wochenlohn bis zu 36 Mark beziehen, ist die Forderung nach Beseitigung der Sozialversicherung und Einführung eines Sparzwanges entschieden zurückzuweisen. Die Mehrheit der deutschen Arbeiter müßte bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität oder durch Alter hervorgerufener Arbeitsunfähigkeit von Almosen leben und verelenden. Der Anspruch auf eine gesicherte Existenz darf den Arbeitern ebensowenig abgesprochen werden wie den anderen Ständen.

Der Ausschuß fordert Schutz der bestehenden Krankenkassen gegen die Bestrebungen auf Errichtung leistungschwacher Innungskrankenkassen, Anpassung der Invalidenversicherung an die Angestelltenversicherung, weitgehendsten Ausbau der Selbstverwaltung in der gesamten Sozialversicherung und geeignete Maßnahmen zur Verhütung einer Ausnützung der Versicherungseinrichtungen durch asoziale Elemente und Interessengruppen und zu einer Senkung der Verwaltungskosten.

Gegen den Anwaltszwang im Arbeitsrecht.

Die ordnungsmäßige Vertretung der Parteien vor den Arbeitsgerichtsbehörden ist eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren einer brauchbaren sozialen Gerichtsbarkeit. Das Arbeitsgerichtsgesetz ist in dieser Hinsicht neue Wege gegangen, und diese haben sich, wie der am 26. und 27. März 1928 in Königsberg tagende Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands anerkennt, durchaus bewährt. Wenn in letzter Zeit die Vertreter der Rechtsanwaltschaft gegen diese Regelung Sturm laufen, so ist das nicht nur sachlich ungerechtfertigt, sondern auch unverständlich, da das Gesetz auf die Wünsche der Rechtsanwälte weitgehende Rücksicht genommen und vor dem Reichsarbeitsgericht den Rechtsanwälten sogar ein Vertretungsmonopol zugebilligt hat. Obgleich das Arbeitsgerichtsgesetz in dieser Hinsicht keineswegs alle berechtigten Wünsche der Arbeitnehmer erfüllt hat, steht der Ausschuß auf dem Standpunkt, daß an der bisherigen Rechtslage vorerhand nichts geändert werden soll. Auf das schärfste wendet er sich gegen alle Versuche, die an sich schon weitgehende Vertretungsbefugnis der Rechtsanwälte noch mehr auszuweihen. Sollten aber die gesetzgebenden Körperschaften bereit sein, den Wünschen der Rechtsanwälte Rechnung zu tragen, so verlangt der Ausschuß des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, daß dann konsequenterweise jedes Vertretungsmonopol beseitigt und jedem Staatsbürger die Freiheit gegeben wird, vor allen deutschen Gerichten sich selbst zu vertreten, oder sich durch eine von ihm freigewählte Person vertreten zu lassen.

Fachtechnisches.

Das Geheimnis der tönenden Hölzer.

Von Karl Micksch.

(Nachdruck verboten.)

Von dem Meister der Seigenbaukunst, Jakob Stainer, wird erzählt, daß er in den Fichtenwäldern seiner Tiroler Heimat herumstreifte, und für seine

Zwecke geeignete Bäume dadurch ermittelte, daß er jeden Baum mit dem Hammer abklopfte. Auch bei der Zusammenfassung der neueren Holzprüfungsverfahren weist Otto Trese, Hannover, im V.D.Z. Band 70 1927 darauf hin, daß das Gehör bei Holzprüfungen im Walde von großem Nutzen sein kann, weil gesundes Holz in der Längsrichtung ein wesentlich besserer Schalleiter ist, als erkranktes. Bei gefällttem Holz wird das Ohr an einem Ende des Stammes angelegt, während am anderen Ende ein Zweiter den Schlag ausführt. Angegangenes Holz wird sich entsprechend dem Umfange der Krankheit durch mehr oder weniger dumpferen Klang vom gesunden in der Regel sicher unterscheiden lassen. Das Gehör Jakob Stainers war für diese Prüfungsform soweit durchgebildet, daß er Sänger und Nichtsänger genau zu unterscheiden vermochte. Bei der Beförderung der an den Bergabhängen im Schwarzwald gefällten Stämme ins Tal stellen sich die Seigenbauer am Ende der Gleitstraße auf und erkennen die für sie geeigneten tönenden Hölzer. Wie weit Stradivari bei der Wahl seiner Hölzer die Klangfähigkeit nachgeprüft hat, geht aus der vorhandenen Literatur nicht hervor; es steht aber fest, daß er in der Wahl des zum Violinenbau erforderlichen Holzes sehr vorsichtig war. Die geklammerten Ahornstämme, die die Republik Venedig aus Istrien und Dalmatien zur Herstellung der Galeerenruder bezog, benutzte er für seine Zwecke. Seine Erfolge lagen aber in der Hauptsache darin, daß er es verstand, für die verschiedenen Teile der Violine die jeweilig geeignete Holzart zu verwenden. Während er für die Decke Fichtenholz benutzte, bestand die Bodenplatte aus dem stärkeren „Sonoren“ Holz des Ahorns. Für Zargen, den Hals und die inneren Verstärkungen benutzte er das Holz der Silberpappel.

Das Geheimnis des unerreichbaren alten Seigentones hat man zwar in verschiedener Weise zu erklären versucht, unter anderem hat man auch die langsame allmähliche Austrocknung des Holzes, die Zusammenziehung des damals benutzten Lackes, und ähnliche Merkmale anzuführen versucht, ohne jedoch den überzeugenden Nachweis zu erbringen, daß bei der Befolgung dieser Vorschläge sich auch heute Seigen mit dem Klange jener alten Instrumente herstellen lassen. In der „Neuen Musik-Zeitung“ wird von Dr. Otto Soré unter anderem mit angeführt, daß die ganz besondere Eigenschaft von Elastizität und klanglich-leichter Ansprechbarkeit am vorteilhaftesten bei Koniferenhölzern zur Geltung kommt. Zahlreiche, ein dichtes Netz bildende harzhaltige Kanäle durchziehen das Holz in der Längs- und Querrichtung. Die vollendete Klangwirkung wird aber erst erreicht, wenn das Instrument 2 bis 3 Jahrhunderte alt ist. Erst nach dieser Dauer erlangt das Holz jene hornartige Beschaffenheit, welche den eigenartigen Wohlklang verbürgt. Wegen seiner einfachen Struktur, seiner geraden Wurzelsäulen und seiner homogenen Gewebe liefert die Kottanne (*Abies Picea excelsa*) das beste Holz für Musikinstrumente. Die Weiterleitung und Verstärkung des Tones wird durch diese Eigenschaften am vorteilhaftesten verbürgt. Die Weißtanne (*Abies pectinata*) enthält das für diesen Verwendungszweck so wichtige Harz nicht. Bei der Kottanne, dem Sopran unter den Baumsängern, ist der Klang um so besser ausgebildet, wenn diese in rauhem Klima, auf kümmerlichem Boden gewachsen ist.

Seitdem erwiesen ist, daß der Harzgehalt der Kottanne die Klangfläche in hohem Maße zu beeinflussen vermag, ist auch für die von den italienischen Seigenbauern benutzte Lateximprägnierung eine Erklärung gegeben. Der Hauptvorteil dieses Seigenlackes besteht darin, daß eine gewisse Elastizität erhalten bleibt. In gewissem Sinne lebt Holz solange es besteht, auch bei völliger Austrocknung. Bei Temperaturerhöhung vergrößern sich die Poren, wodurch das Holz hygroskopischer und sporenaufnahmefähiger wird. Ein Teil der bekannten Imprägnierungsmittel, wie Harze, verstopfen zwar die Poren, diese Bestandteile haben jedoch nicht das gleiche Ausdehnungsvermögen wie das Holz. Bei Temperaturverminderung werden derartige Imprägnierungsmittel aus den Poren wieder herausgedrückt, ohne die Fähigkeit zu besitzen, dorthin wieder zurückzukehren. Diejenigen Imprägnierungs-

materialien, welche die Fähigkeit haben, in die Poren zurückzukehren, kommen für Möbel, Musikinstrumente usw. nicht in Betracht; andere sind infolge des auffallenden Klebens oder der Farbe für diese Zwecke nicht verwendbar.

Es wird angenommen, daß die alten italienischen Geigenkünstler den Resonanzboden mit einem kautschukfarbenen Milchsaft vor der Lackierung imprägnierten. Die italienischen Meister können sich gerade wegen des in Italien vorkommenden kautschukführenden Latexes, infolge des geringen Kautschukgehaltes, dessen mit um so größerem Vorteile bedient haben. Auch die Untersuchungen von Franz Josef Koch ziehen die Möglichkeit einer Latex-Imprägnation in den Bereich der Möglichkeit, weil hier unmittelbar unter dem Lack eine elastische Grundierung wahrnehmbar war. Kautschuk mit einem organischen Lösungsmittel kommt nicht in Betracht, weil Kautschuklösungen zu jeder Zeit nachweislich bekannt waren. Trifft die Vermutung Kochs zu, dann haben die italienischen Seigenmacher die Latex-Imprägnierung mit großer Wahrscheinlichkeit angewandt. Die elastische Kautschukimprägnierung nimmt dem Holz die Spannung und Veränderungslucht, in welcher es durch das Austrocknen gerät, die Holzmasse wird gleichförmig, so daß die wichtigste Voraussetzung für die Resonanzfläche gegeben ist.

Literarisches.

Schon wieder ein billiges Bücherangebot!

Haben wir mit unserem Weihnachtsangebot Tausenden von Gewerkschaftern die Möglichkeit gegeben, für wenig Geld prachtvolle Bücher sich anschaffen zu können, dann werden sich unsere Gewerkschaftsmitglieder freuen zu erfahren, daß jetzt wieder drei Bücher angeboten werden, deren Anschaffung bisher nur zu bedeutend höheren Preisen möglich war.

Scherer, Wilhelm: *S e s c h i c h t e d e r d e u t s c h e n L i t e r a t u r*.

In einer hinreichenden, von edlem Schwung getragenen Sprache, wird hier die Geschichte der deutschen Literatur, von den ältesten Zeiten bis auf Goethes Tod, erzählt. Salt Scherers Buch bisher als eine glänzende schriftstellerische Leistung, so muß auch die Herausgabe dieses Werkes zu dem jetzt niedrigeren Preis als eine große verlegerische Tat betrachtet werden. 831 Seiten. Mk. 2.85.

Fontane, Theodor: *Fontane ist der Dichter der Mark Brandenburg*.

Mit warmer Gestaltungskraft vermag er die Reize der Heide, der Fichtenwälder und Seen plastisch vorzuführen. Von seinen Romanen, die jetzt bedeutend billiger zu haben sind, nennen wir:

Effi Briest (Gestalten aus dem Berliner Leben). 319 Seiten. Mk. 2.25. Der Stehlin (Gesamtbild unserer Zeit). 416 Seiten. Mk. 2.25. Vor dem Sturm (Roman aus dem Winter 1812—1813). 640 Seiten. Mk. 2.85.

Der kleine Brehm. Ausgewählte Tierarten aus der 2. Auflage des Hauptwerkes. Neubearbeitet von Dr. Walthers Kaple. 886 Seiten. Lexikon-Format. 116 Abbildungen im Text. 25 ganzseitige Illustrationen. 4 Tafeln in Farbendruck. In Ganzleinen gebunden, Preis Mk. 3.85. Durch die Herausgabe dieser billigen Ausgabe werden nunmehr die klassischen Tier- und Jagdgeschichten des großen Forschers allen Kreisen unseres Volkes zugänglich gemacht. Ein schönes Geschenkbuch.

Weitere Verzeichnisse bitten wir von uns anzufordern. Wenn die Beträge im voraus auf unser Postcheckkonto: Christlicher Gewerkschafts-Verlag, Berlin 422 29 eingezahlt werden, liefern wir an die Mitglieder eines Verbandes portofrei. Bei Nachnahmeleistung müssen die Mehrkosten berechnet werden.

Bei Sammelbestellungen gewähren wir den Gewerkschaftsmitgliedern einen Preisnachlaß. Erforderlich ist die Namhaftmachung des Verbandes und die Mitgliedsnummer.

Buchhandlung
des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

Es ist höchste Zeit

Monniere sofort die

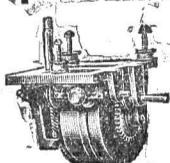
vorzügliche Fachschrift unseres Verbandes

Die Handwerkskunst im Holzgewerbe

Bezugspreis vierteljährlich 2.— Mark.

Bestellungen sind an die Zahlstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Venloerwall 9 zu richten.

Sprechmaschinen-Laufwerke



z. Selbst-**la. Doppelschneckenfederwerk** einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Müttern, Gummilagerungen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, **la. Aluminium Mark 26.—** Versand p. Nachnahme, Tontührungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von

Robert Husberg - Neuenrade i. W. Nr. 9

Intarsien jeder Art
Neuer Katalog gegen 0,50 M.
in Briefmarken.

E. Viller, Heidelberg
Theaterstraße 711

Bei Bestellungen beziehe man sich immer auf unsere Zeitung:

Der Holzarbeiter

Ia. Hobelbänke

III beste südd. Ausführung. Blatt und Gestell aus gedämpftem, trockenem Buchenholz, mit Stahlspindeln

zum Reklamepreis à Stück 95.— Mk.

III frei jeder Station. Abbildungen gratis. Ia. Referenzen. Weißbuche polierte Hobel, Schraubenzwingen, Fugenleimer, Schleifmaschinen, Furnierböcke usw. Werkzeugprojekte gegen 30 Pfg. Briefmarken.

Nichtgefallendes nehme ich zurück.

M. Walther, Dresden-N.
Rehefelder Str. 53 a.